

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ

der Sozialdemokratie deutscher Zunge

N. 12.

Sonntag, 21. März.

1880.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schädigen. Hauptvorbedingung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbefugte Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Rekommandation. Soweit an und liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Abonnements

werden nur beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von: Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband) Mk. 3.— für Deutschland (Couvert) fl. 1. 70 für Oesterreich (Couvert) Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate

Die dreizehnpaltige Zeile 25 Gts. — 20 Pfg.

Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz) Verlag A. Dertler, Industriehalle, Riesenbach-Zürich Postsendungen franco gegen Franco. Gedruckt bei der Schweizerischen Doppelverlag.

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Beim „Sozialdemokrat“ sind weiter folgende Gelder eingegangen: 14. Liste. Coblenz 19.—; Leipzig 7,50; 2,22; Köln 30.—; Kachen 11,40; Köln 30.—; 15.—; 15.—; 20.—; 20.—; 500.—; 50.—; 10.—; Ehrenfeld b. Köln 3.—; Siegburg 5.—; Großenhain 14.—; Düsseldorf 5.—; Rendsburg 5,30; Ulm 20.—; Neven 24,14; Straßburg Leipzig 1.—; Lechhausen 10.—; Frankenthal i. d. Pfalz 10.—; London 202,80; Bismarck 20.—; Reichensbrand 6.—; Paimisch 6,10; Leipzig 100.—; Augsburg 100.—; Bremen 3.—; Graß 11,82; Reichenberg i. Böhmen 100.—; Braunschweig 25.—; München 40.—; Gnanu 25.—; Breslau 60.—; Kassel 12.—; Braunschweig 40.—; Köln 15.—; Weimar 16.—; Graß 6,94; Coblenz 14.—; Großsch 4,50; Braunschweig 35.—; Bremen 60.—; Leipzig 40.—; 5.—; —79; Bittau 6,21; Simbach 5.—; D. R. N. 100.—; D. R. N. 50.—; Leipzig 10.—; 10.—; Götting 2,50; Brake i. Old. 1.—; Leipzig 5.—; Von einer indifferenten Geschäftsstelle Leipzig 5.—; Von einer gemüthlichen Geschäftsstelle Nürnberg 6.—; H. Nürnberg 6.—; Pforzheim 7.—; Berlin 1.—; Leipzig —50; Harburg 10.—; Großenhain 7.—; Braunschweig 15.—; Leipzig 2,40; Lechhausen 10.—; Lechhausen 4,87; Augsburg 21.—; Leipzig 6,92; So neben her, Leipzig 120.—; W. d. München 10.—; Für die Agitationsrede des Grafen Eulenburg im Reichstag 1000.—; R. R. Bielefeld 17.—; Deutscher Verein Wol 7,72; Wöchentliche Selbstbeuerung. Sommerbogen 1. Zürich: vom 15. Februar bis 6. März 21,04; „Leipziger Schloß“, Volkerver. Thalweil 3,12; gesammelt dabeist —88; Deutscher Arb. Verein Chur 12.—; Deutscher Verein Wpl 7,72; Stadelberg Nizza 6,58; Uberschuf v. J. R. Graz —40; B. n. Werden 12.—; R. R. Bielefeld 17.—; zusammen Mk. 3,176, 88 Bisher eingegangen Mk. 9,472, 06 Gesamtbeitrag Mk. 12,648, 89

Abonnements-Einladung.

Wir empfehlen hierdurch unser außerhalb des Reichsbereichs der deutschen Polizei und ihrer gleichgesinnten Kolleginnen erscheinendes Parteiorgan „Der Sozialdemokrat“, Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge. Unserer Partei und ihren Forderungen die notwendige Vertretung in der Presse zu geben, welche ihr ein über die Maßen infames Ausnahme-„Gesetz“ in Deutschland unmöglich macht; die Parteigenossen allerorts zu sammeln und in ununterbrochene Verbindung untereinander und mit der sozialistischen Bewegung aller Länder zu setzen; sie von den Schandthaten unserer Gegner zu unterrichten und auf deren Anschläge rechtzeitig aufmerksam zu machen; sie prinzipiell zu festigen und aufzuklären und über die politische Lage und die von der Partei derselben und den einzelnen Vorkommnissen gegenüber einzunehmenden Stellung auf dem Laufenden zu erhalten; mit Einem Wort, die den March der Partei in der Finsterniß der heutigen maßlosen Unterdrückung zur nahen Morgenröthe der Erlösung des arbeitenden Volkes aus den Fesseln politischer und ökonomischer Knechtschaft, des Zusammenbruchs der heutigen scheußlichen Staats- und Gesellschafts-„Ordnung“ und der beglückenden Herrschaft des Sozialismus anzeigende Heersfahne zu sein: das ist die wichtige Aufgabe unseres Parteiorgans!

Es ist deshalb im Interesse und in der Pflicht jedes Parteigenossen, aufs eifrigste für die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ zu wirken. Allerdings ist dieselbe — wie es sich ja von selbst versteht — von der deutschen Regierung gleichwie von den Regierungen Oesterreichs und Frankreichs verboten; aber dieser Umstand kann keinen Mann, welcher den Ehrennamen eines Sozialdemokraten trägt, von der Verbreitung abhalten, sondern wird ihn dazu im Gegentheil erst recht aneifern. Denn was unsere Feinde als „gefährlich“ für ihre Herrschaft bezeichnen, das kann uns ja nur doppelt willkommen sein. Das bloße Abonnement ohne Weiterverbreitung aber ist gesetzlich erlaubt und strafflos.

Der vorauszahlbare Abonnements-Preis des „Sozialdemokrat“ beträgt vierteljährlich: für Deutschland und Oesterreich 3 Mark (1 fl. 70 kr.), wofür das Blatt allwöchentlich unter verschlossenem Couvert versandt wird; für die Schweiz 2 Franken, für alle anderen Länder des Weltpostvereins 2 Franken 50 Rappen (unter Kreuzband). Dieser Preis kann indessen, namentlich auch in Deutschland, um ein Ansehnliches ermäßigt werden, wenn sich die Genossen eines Ortes zum Bezug im Großen vereinigen. Wenn unverdächtige Empfangsadressen gewährt werden und damit stets gewechselt wird, wenn ferner die geheime Verteilung auf die abonnierten Genossen vorsichtig geschieht, dann ist die Gefahr der Entdeckung beim Gesamtbezug geringer, wie bei den Couvertsendungen, welche die Post leichter ausfindig machen kann und in solchem Fall dann ohne Gewissensstrüpfel nicht. Auf alle Fälle muß der von hundert und tausend Lampenhunden aller Sattungen bedienten Polizei gegenüber alle Vorsicht angewendet werden, um ihr ihr Spiel zu verderben. Man abonniert auf den „Sozialdemokrat“ beim Verlag, A. Dertler Industriehalle, Riesenbach-Zürich, Schweiz, und dessen Filialen im Ausland, sowie bei unsern

bekanntem Agenten in Deutschland. Wenn Adressen fehlen, der wende sich an Vertrauenspersonen um Aufschluß; muß er sich aber an uns direkt wenden, so sende er seinen Brief womöglich an eine unverfängliche Adresse außerhalb Deutschlands, die er mit der Weitervermittlung an uns beauftragt. Kann man auch das nicht, so verschließe man die unmittelbar an unsere Adresse gerichteten Sendungen mit Siegel Lack und lasse sie womöglich einschreiben (rekommandieren).

Da ferner der Versandt an unsichere Besteller zur Sicherheit unseres Postverkehrs in ganz anderer Weise bewirkt werden muß, als der an Parteigenossen, so wollen uns unbekanntem Genossen gleich in den Bestellbriefen ihre Parteigehörigkeit durch Gegenzeichnung eines Vertrauensmannes bestätigen lassen; andernfalls wäre die Einholung von Informationen geboten, wodurch Zeitverluste für uns und die Besteller entstehen würden.

Wir ersuchen, sowohl die Wieder- als Neu-Abonnements möglichst umgehend zu bewirken, da unsere durch den systematischen Briefdiebstahl und Briefbruch der deutschen und österreicherischen Post bedingte komplizierte Beförderungsart viele Zeit wegnimmt und deshalb bei späterer Bestellung Verzögerungen in der Zusendung unausbleiblich wären.

Parteigenossen! Sammelt euch um euer Fahne und benutzt die euch gegebene Waffe mit Eifer und Geschick; seid rührig und thut eure Pflicht!

Verlag und Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Zum 18. März 1880.

Ein hoher Festtag ist erschienen, Der höchste für den freien Mann, Drum schmücket roth die Volktribünen, Und stimmt die Marschmusik an.

Heut' jährt sich's, daß die Brüder schlugen Den Zöllnersürken in Berlin, Daß sie vor's Schloß die Leichen trugen, Die Reuchter vor Gericht zu sich'n.

Heut' jährt sich's auch, daß an der Seine Das Volk die Henker niederschlug, Und daß es selbst, das souveraine, Zum Sieg das rothe Banner trug.

Ein großer Tag für alle Zeiten, Ein Heiligthum für jedes Herz, Er mahnt uns, wenn es gilt, zu streiten Wie uns're Brüder einst im März.

Die Reaktion erhob sich wieder, Und frecher, als sie jemals war, Die Freiheit sank zum Kerker nieder, Und schweigend growlt der Proletar.

Durch alle Länder geht das Grollen, Die Kette klirrt an jedem Fuß, Nur manchmal dumpfes Donnerrollen, Nur manchmal ein Warnungs-Schuß.

Nur manchmal in der Völker Augen Wie Wetterleuchten juckt's und bohn, Als müßte man die Schwerter brauchen Statt Wahlrecht oder Petition. — — —

Da strahlt von uns'rer Berge Stirnen Der Frühling hell ins Land hinein, Und auf der Ränner finstern Stirnen Erglänzt ein neuer Hoffnungshein.

Der Frühling kommt, der März kehrt wieder, Es schwillt das Herz zu kühner That: Betroh, Ihr lang gequälten Brüder, Jauch'et unser Völkerfrühling auf!

Gesüßt ist längst das Maß des Saren, Keif ist die deutsche Tyrannei, — Zur Ernte reif! Und bald in Schwaaren Als Schnitter eilt das Volk herbei.

Bald wird die Trommel wieder rufen, Das rothe Banner wieder wehn, Vor des Palastes Marmorstufen Die Völker, nicht als Bettler, keh'n;

Die Freiheit, die sie sich erkoren, Erhoben wird sie auf den Thron, — So sei's denn abermals geschworen Zum Jahrestag: Hoch die Rebellion!

Ein Gedenktag der Revolution.

1848. 1871.

Der Schlag in Paris, welcher am 24. Februar 1848 den Thron des Bürgerkönigs zertrümmerte, weckte ringsum die Völker aus dem Schlaf und brachte alle andern Throne und Thronlein ins

Wanken. Durch Deutschland ging die Bewegung wie ein Lauffeuer: in Süd und Nord, in Ost und West, überall das Wetterleuchten der Freiheit. In Wien brach der Sturm zuerst los und segte den vornehmsten Vertreter der Reaktion, Metternich, hinweg. Und von der Donau segte der Sturm weiter nach den Ufern der Spree. Unbeschreiblich war die Wirkung der Wiener Ereignisse in Berlin, wo es schon seit längerem gährte. König Friedrich Wilhelm IV., der romantische Gottesgnadennarr, suchte durch einige Konzessionen die heranbrausende Windstbraut zu beschwören, und das Volk hätte sich wirklich beschwindeln lassen, wenn nicht ein „Zusall“ dazwischen gekommen wäre. Am 18. März drängten sich dicke Volksmassen vor dem königlichen Schloß und jubelten dem „gütigen“ König zu, als plötzlich aus dem Schloß Infanterie heranrückte und gleichzeitig von der anderen Seite Kavallerie anmarschirt, und Schüsse fielen auf die Menge und die Reiter hauen ein. In Schreck und Wuth stürzt das Volk von dannen, zahlreiche Todte zurücklassend, und Verrath! hallt es durch ganz Berlin; der von der Volksstimme dem jetzigen Kaiser zugeschriebene feige Ueberfall mußte gefühnt werden. Barricaden erhoben sich bald, erst hier und dort, dann immer mehr und planmäßig; der Kampf mit den Truppen begann und der Widerstand des Volkes wurde immer erbitterter. Die ganze Nacht durch wüthete der Kampf und am nächsten Tag hatte das Königthum die Parthie verloren. Der König mußte die Truppen aus der Stadt ziehen und harrete zitternd des Urtheils, welches das Volk an ihm vollstrecken würde. Und was that es ihm? Es trug ihm die Leichen der Straßenkämpfer vor's Schloß, ließ ihm den Hut abnehmen (leider nur den Hut) und — begnadigte ihn. Der Dank für diese unzeitige Großmuth folgte bald. Das Königthum hielt das Volk durch Schauspielerkünste aller Art hin, bis die reaktionäre Landbevölkerung aufgewiegelt, die Revolution durch die Rückläufigkeit und Schwäche der Bourgeoisie gespalten und die Armee gesammelt und gestärkt war. Schon nach vier Monaten waren alle Erungenschaften der Revolution verloren und der November machte dem kurzen Freiheitsstraum ein Ende. Zwei Männer, die schon damals die ärgsten Volksfeinde und Reaktionäre waren, sind heute die unumschränkten Herren in Deutschland: Bismarck und Wilhelm!

Dreiundzwanzig Jahre nach jenem Berliner März erhob sich die Revolution in ihrer Mutterstadt siegreich gegen die frechen Verschwörer, welche die junge französische Republik in den Windeln erdroffeln wollten. Freudig hatten die Arbeiter von Paris die Entbehrungen und Gefahren der Belagerung mitgetragen und zähneknirschend der Unfähigkeit und dem Verrath der Trochu und Favre zugehört. Die Orgien des verrätherischen Krautjunterparlaments von Bordeaux, das auf den Untergang der Republik sann, aber brachte das revolutionäre Paris in Flammen. Verjagung der Verräther und Rettung der Republik war die Losung. Und auch diesmal war es die Reaktion, welche das Zeichen zum Kampfe gab. Das Volk sollte entwaffnet und am 18. März der Hauptstreich geführt werden. Aber er mißlang, ein Theil der Truppen wandte sich selbst gegen die Reaktion und das Volk ward siegreich. Das Volk von Paris hatte mit der Verrätherregierung gebrochen und sich zum Retter der Republik aufgeworfen. Draußen vor den Thoren aber sammelte das Haupt der Reaktion, Thiers, unter dem Schutze Bismarcks seine Soldateska, um die revolutionäre Stadt mit Mord und Todtschlag zu überziehen und die Kommune zu vernichten. Dritthalb Monat hielt Paris die Fahne der Revolution, der neuen sozialen Revolution, gegen die Uebermacht aufrecht, bis es endlich, vom Blutverlust erschöpft, fiel, durch die Größe seines Falles die Welt erschütternd. Dann kam die Herrschaft der Mordbuben und Henkerknechte und bald lag die „ stolze Rebellenleiche“ todt und still.

Aber schon zeigen sich in ihr wieder Zuckungen des Lebens und wie in ihr, so rührt sich's auch in ganz Frankreich und nicht minder in Deutschland und fast auf dem ganzen Festland. Noch ist der Winter der Reaktion nicht zu Ende und die Zeit der Auferstehung nicht gekommen; aber auch unser Frühling wird anbrechen. Noch eine kurze Zeit und die Völker, die Geknechteten und Gebrückten aller Länder und Rassen, werden nach einem schweren Kampf einen herrlichen März haben und ein Fest des Sieges, der Befreiung und der Freude feiern, dergleichen die Welt noch nicht gesehen!

Ein Wort zur Aufklärung.

Wie ich vernehme, hat die von mir im deutschen Reichstag gegen Herrn von Karborff gemachte Erklärung über meine Stellung zu den Nihilisten, in Folge der verballhornten Wiedergabe durch verschiedene Zeitungen, den Glauben erweckt, ich habe das Vorgehen der Nihilisten in Rußland gewissermaßen verurtheilt oder doch desavouirt. Zugleich hat Freund Most in London sich natürlich die schöne Gelegenheit nicht entgehen lassen, in bekannter perfider Weise gefälschte oder falsch verstandene Zeitungsnotizen gegen mich auszubenten.

Ich erkläre hiermit, daß ich weder zu einer Verurteilung, noch zu einer Desavouierung des russischen Nihilismus Veranlassung hatte und daß meine Worte gegen Herrn von Kardorff nichts weiter besagten und besagen konnten, als eine mir von jener Seite imputirte engere Verbindung und daraus folgende Verantwortung für das, was der Nihilismus thut oder nicht thut, abzulehnen.

Wenn ich dabei darauf hinwies, daß die russischen Nihilisten sich im Gegensatz zu der deutschen Sozialdemokratie nicht aus der Arbeiterklasse, sondern aus den Gesellschaftskreisen, denen Herr von Kardorff angehört, rekrutierten, so konnte damit nicht, wie werkwürdigerweise ebenfalls in nihilistischen Kreisen verstanden worden ist, gemeint sein, daß die Nihilisten die Bestrebungen des Herrn von Kardorff theilten, sondern ich konstatierte damit lediglich, daß sie aus der gesellschaftlichen Schicht, der Herr von Kardorff angehört, vorzugsweise hervorgehen. Diese letztere Thatsache ist so evident und so in der Natur der russischen Verhältnisse begründet, daß ich nicht begreifen kann, wie diese von mir hervorgehobene Thatsache zu Mißverständnissen Veranlassung geben konnte.

Soll ich mich über diese Erscheinung hier weiter ausdrücken, so kann ich nur hervorheben, daß die nihilistische Bewegung von heute in Rußland größtentheils auf dieselben Bestrebungen hinausgeht, wie die Burschenschaftsbewegung und die Bestrebungen des jungen Deutschland in der vorachtundvierziger Periode in Deutschland, nur modifizirt durch die Verschiedenartigkeit der beiden Länder und die mittlerweile vorgeschrittenen wissenschaftlichen Anschauungen.

Verlangte man von mir eine Solidaritätsklärung mit dem russischen Nihilismus, so müßte ich diese darum einfach ablehnen. Der russische Nihilismus ist nur einig in der Negation, er ist einig in der Uebereinstimmung, das gegenwärtige in Rußland herrschende System zu stürzen, einerlei durch welche Mittel. Positive Berührungspunkte aber hat der russische Nihilismus mit dem deutschen Sozialismus nur sehr wenige.

Dagegen erkenne ich an, daß der Nihilismus angeht das System, das in Rußland herrscht, nicht anders kämpfen kann wie er kämpft, und hin weit entfernt, ihm aus dieser Kampfweise einen Vorwurf zu machen.

Damit dürfte aber die Uebereinstimmung so ziemlich aufhören, denn die positiven Forderungen der Nihilisten sind verschwommen und unbestimmt. Hier spalten sie sich in konstitutionelle vom Schlage unserer deutschen Liberalen bis zu den radikalsten Sozialisten. Ich erkenne die Existenz der letzteren als eine erfreuliche Thatsache an; leider bilden dieselben aber nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl, welche bei der positiven Gestaltung der Dinge in Rußland kein entscheidendes Wort mitzusprechen haben werden.

Kein Zweifel aber, daß die große Mehrheit der Nihilisten nach Sturz des gegenwärtigen Systems in Rußland sich mit Begründung einer konstitutionellen Monarchie nach westeuropäischem Muster begnügen werden. Möglich, ja wahrscheinlich, daß diese russisch-konstitutionelle Verfassung radikaler werden wird, als ähnliche Verfassungen Westeuropas und zwar aus dem einfachen Grund, weil nur ein weitausgedehntes System bürgerlicher Freiheit, verbunden mit einem umfassenden Bildungssystem allein die alsdann in Rußland herrschenden Klassen in die Lage setzen werden, ihr eigenes liberales System vor dem Wiederuntergang zu retten.

Eine solche That wird eine Kulturthat im vollsten Sinne des Wortes sein — denn ein Volk kann wohl die Entwicklungsstufen abkürzen aber nicht überspringen —, aber dieser Zustand hat mit dem westeuropäischen Sozialismus nichts gemein, er bereitet nur den Boden vor, auf dem eines Tages auch für das gesammte russische Volk die Sonne des modernen Sozialismus aufgehen wird.

Ich erkenne also an, daß der russische Nihilismus eine revolutionäre Partei ist, deren Sieg für die kulturelle Entwicklung Europas von den größten und nächststen Folgen sein wird; ich erkenne ferner an, daß der russische Nihilismus, durch die Kampfweise des russischen Regierungssystems gezwungen, in der Wahl seiner Mittel nicht wählerisch zu sein braucht und jedes zum Ziele führende Mittel ergreifen muß und zu ergreifen das Recht hat; ich erkenne aber nicht an, daß der russische Nihilismus in seiner gegenwärtigen Gestalt und die deutsche Sozialdemokratie gleichartige Parteien sind und daß die letztere die Verantwortung oder volle Solidarität für den ersteren zu übernehmen habe.

Dies der Sinn meiner, im Rahmen einer „persönlichen Bemerkung“ gegen Herrn von Kardorff erlassenen Erklärung.

Berlin, den 16. März 1880.

A. Bebel.

Schwabenstreiche der deutschen Polizei.

London, 2. März. Während leider die meisten unserer Freunde die Sozialistenhege von der tragischen Seite kennen gelernt haben, scheint ich dazu bestimmt zu sein, der geistreichen deutschen Polizei Gelegenheit zu geben, auch die größte Seite derselben hervorzuheben.

Folgendes merkwürdige bürokratisch-literarische Produkt, welches aus der Feder Joseph Rud'homme's*) gesehnen zu sein scheint, liefert den einigermaßen erfreulichen Beweis, daß in unserer kampfbewegten Zeit doch auch noch richtige Schilddrüsenstreiche begangen werden und unsere Vorkämpfer in Bewegung setzen können. Ich lasse es hier wörtlich folgen.

Beiseid. Dem Rittmeister und Sozialisten (!) Salomon Kaufmann, geboren zu Winklermafeld bei Koblenz, bisher zu London wohnhaft, welcher die preussische Staatsangehörigkeit nach Maßgabe der Bestimmung in § 25 Absatz 1 des Gesetzes über den Verlust und Erwerb der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 (B. G. Bl. S. 355.) verloren hat, wird hierdurch aus polizeilichen Gründen der fernere Aufenthalt in dem Gebiete des Preussischen Staates untersagt. Wiesbaden den 6. Febr. 1880. Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Da das bekannte Axiom Buffons: „Der Styl charakterisirt den Menschen.“ aus gewissen Gründen wohl nicht auf die Polizei anwendbar ist, so will ich auf die eigenthümliche Eleganz des Stiles in diesem Schriftstücke kein großes Gewicht legen. Das Studium der Grammatik gehört ja nicht zu den Berufspflichten unserer liebenswürdigen Polizei.

Kun, lieber Leser, merke dir den Humor, wie Shakespeare sagen würde, dieses polizeilichen Don Quixote-Streiches. Nach Beendigung der kleinen Komödie, die die Polizei mit mir in Deutschland abzuspielen beliebte,**) und welche mit einer von den Richtern an die Polizei und die mit dieser verbündeten Staatsanwaltschaft ausgestellten, sehr niedlichen moralischen Ohrfeige endigte, reiste ich am 4. Februar von Deutschland ab und kam am 5. wieder hier an. Noch 14 Tage hernach durchschüttelten ganze Scharen von Polizisten ganz Deutschland nach mir — wie ich aus sehr ruhigen.

*) Prototyp eines einfülligen französischen Spießbürgers.

**) Der Frankfurter Prozeß, von dem wir in No. 6 berichteten.

tischer Quelle erfahren —, um irgen einer durch meine bloße Gegenwart veranlaßten, imaginären Gefahr vorzubeugen. Am 28. Februar erhalte ich hier obige erstaunliche Mitteilung, daß mir der fernere Aufenthalt in einem Lande untersagt ist, das ich schon seit mehr als 3 Wochen verlassen hatte. Daß ich diesen kolossalen Polizeieinbruch mit einem homerischen Gelächter ausnahm, ist leicht denkbar. Dennoch muß ich gestehen, daß mir die Unklarheit dieses Dokumentes keine geringen Verlegenheiten bereitet. Ich bin nämlich fest entschlossen, binnen Jahresfrist Deutschland wieder zu besuchen, und weiß jetzt nicht, in welcher Eigenschaft ich dort erscheinen soll, um der Polizei Unannehmlichkeiten zu ersparen. Wenn ich sicher wüßte, daß ich als Sozialist ausgewiesen bin, so würde ich als Kartonnage-Fabrikant hincisen; bin ich aber bloß als Kartonnier ausgewiesen, so würde ich mich unter der Firma „Sozialist und Comp.“ in meinem lieben Vaterlande präsentiren. Wer mir über diesen thörichten Punkt Ruffschluß geben kann, dem würde ich zu großem Danke verpflichtet sein.

Ich sehe da zwischen den zwei Hörnern eines Dilemmas, aus denen herauszukommen mein eigener Scharfsinn unzureichend ist. Meine persönliche Ansicht neigt zwar zur Annahme hin, daß es mehr auf den Kartonnier als auf den Sozialisten abgesehen ist, und zwar aus folgenden Gründen: Da in den Gemüthern der preussischen Regierungsleute sich spreche nicht von ihrem Geiste, denn ich will Niemanden verleumden) wahrscheinlich eine Ahnung von einer baldigen „Einschachtelung“ Was getroffen hat, so ist es begreiflich, daß dieselben alle diejenigen, die sich mit Verfertigung von Schwadtern abgeben, in anständiger Entfernung zu halten bestrebt sind. Und über diesen Keim Kniff laßt sich die Polizei schlaun ins Häuslein, gerade wie Iphig, als ihm ein Hund das Kalbsgeschlinge stahl, und er das mit Kreide auf seiner Hose aufgeschriebene Zubereitungs-Rezept auswuschte. Warte, Kerl, du hast das Geschlinge, du weißt aber nicht, wie man es kocht; jetzt mußt Du es roh freßen, sagte Iphig. Wartet ihr Kerls, sagt die Polizei, ihr müßt es einpacken, wir haben aber dafür gefordert, daß es keine Schwadtern mehr in Preußen gibt; jetzt müßt ihr uns in Rußland verpacken! — Nun, das wird's wohl auch thun! — Wenn ich nun meine Ausweisung von diesem Gesichtspunkte aus betrachte, muß ich gestehen, daß die Herren nicht ganz so dumm sind, wie sie aussehen.

Aber neben den beiden angegebenen Gründen für meine posthume Ausweisung möchte nicht noch ein dritter, nicht angegebener Grund bestehen? Eine Hypothese (ich bitte den Herrn Reichs-Oberstaatsanwalt, mich zu entschuldigen, daß ich ihn unbefugterweise ins Geschäft des Hypothekensachens hineinschleife) die ich aufstelle, ist folgende: Sollte vielleicht die Regierung meine Ausweisung als ein Mittel betrachten, um sich damit ihrer Verpflichtungen mir gegenüber entledigen zu können? Denn da laut richterlichem Spruche vom 30. Januar dieselbe in eine Geldentschädigung mir gegenüber verurtheilt ward, steht dieselbe in meinen Büchern mit so und so viel hundert Mark debitirt. Zu meinem Bedauern muß ich auch gestehen, daß dieselbe sich bis jetzt als sehr lössiger Zahler gezeigt, und sogar, gerade wie ein armer Teufel von Geschäftsmann, der Unglück gehabt, mir so und so viel Prozent anstatt des vollen Betrages offerirte, so daß ich mich veranlaßt sah, meinem Rechtsanwalt in Frankfurt a/M. Auftrag zu energischen Maßregeln gegen diesen faulen Schuldner zu ertheilen.

Sollte diese Hypothese sich als richtig erweisen, und es so schlimm mit Kassa stehen, so war es doch deswegen nicht nöthig, in der Verzweiflung zu einer Ausweisung seine Zuflucht zu nehmen. Ich bin kein hartherziger Gläubiger, der es liebt, arme Schuldner zu drücken. Wäre die Regierung zu mir gekommen und hätte mir offen ihre bedrängte Lage eingeflößt, so würde ich ihr gerne Frist bewilligt haben, bis bessere Zeiten sie in den Stand gesetzt, mich bezahlen zu können. Das wäre jedenfalls besser für dieselbe gewesen, als durch diese lächerliche und nutzlose Ausweisung sich aus der Verlegenheit ziehen zu wollen.

S. Kaufmann.

Sozialpolitische Rundschau.

Schweiz.

* Ein großes Streiflicht auf die rapid fortschreitende Verarmung auch des schweizerischen Volkes und die durch eine rückwärtsgehende Klassengefährdung geförderte Rechtslosmachung der wirtschaftlich Bedrohtenen wirft die in der Entstehung begriffene Fallitenbewegung. In dem einzigen Kanton Bern gibt es nicht weniger als 35,000 und im Kanton Aargau 15,000 Falliten! Und diese sind nach dem in der Schweiz noch größtentheils herrschenden wahrhaft drakonischen Geldtagswesen, welches sämtlich bürgerlich rechtslos, d. h. sie haben die bürgerliche Ehrensähigkeit und mit ihr das Aktivbürgerrecht, die aktive und passive Wahlsähigkeit z. verloren. Um aber die ganze Ungeheuerlichkeit eines solchen Verfahrens zu erkennen, muß man wissen, daß in der Schweiz der Konkurs nicht gleichwie z. B. in Deutschland nur über Kaufleute oder bei sonstigen großen Schuldmassen verhängt wird, sondern mit Leichtigkeit über jeden noch so kleinen Schuldner ausgesprochen werden kann und ausgesprochen wird. Es ist gar nichts Seltenes, daß wegen einer Schuld von ein paar Franken auf Antrag eines hartherzigen oder boshaften Gläubigers das Konkursverfahren eingeleitet wird.

Um nun in diese empörenden Zustände, welche in ganzen Kreisen die überwiegende Mehrheit der Wahlberechtigten wegen oft geringer Schuldbeträge vom Stimmrecht ausschließen und so die wirtschaftlich Schwachen außer der ökonomischen Abhängigkeit auch noch in eine juristische Schuldnenschaft der drückendsten Form führen, Wandel zu bringen, beginnen sich die Falliten an verschiedenen Orten zu vereinigen, um die Initiative zur Revision des Geldtagswesens zu ergreifen. Nachdem vor einigen Wochen eine Vorversammlung zu Biel gewesen, fand am 22. Februar in Bern eine von Delegirten aus verschiedenen Amtsbezirken, wie auch aus Solothurn und Aargau, besuchte Versammlung von Falliten statt. Aus dem Berichte des in Bern tagenden Zentralkomitees ging hervor, daß die Organisation der Fallitenvereinigungen in verhältnismäßig kurzer Zeit ganz bedeutende Fortschritte gemacht habe. Es seien bereits zahlreiche Sektionen in den verschiedenen Landesgegenden für die Sache thätig. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei für die Bestrebungen der Vereinigung sehr günstig, so daß der Erfolg der letzteren durchaus im Bereich der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit liege. Es wurden verschiedene Petitionen vorgelegt und genehmigt; nämlich an den Bundesrath, an die Bundesversammlung und an den bernischen Großen Rath. Dieselben schließen im Wesentlichen dahin: es sollen die gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen, wonach der Konkurs die Entziehung der bürgerlichen Ehrensähigkeit des Schuldners zur unbedingten Folge hat, aufgehoben und durch eine Bestimmung ersetzt werden, daß jene Entziehung nur durch gerichtliches Urtheil (z. B. in Fällen von betrügerischem oder leichtsinnigem Geldtag) verhängt werden kann. — Auch in Aargau macht die Sache Fortschritte und sind dort ähnliche Petitionen beschlossen worden.

Wir Sozialdemokraten können dieser Bewegung, welche im vollsten Sinne eine Befreiung des Volkes aus ökonomischer Knechtschaft ist und deshalb bewußt oder unbewußt eine theilweise Verwirklichung sozialdemokratischer Forderungen anstrebt, und unsere ganze Sympathie zuwenden, und halten wir es für selbstverständlich, daß die schweizerischen Parteigenossen die Bestrebungen der Falliten aufs eifrigste unterstützen.

Deutschland.

* Noch sind über den Gräbern der neunzig Opfer der Zwilauer Grubenkatastrophe nicht die ersten Grashalme gewachsen und schon ist von einem neuen industriellen Massenmord zu berichten. Auf dem Himmelfahrtsschacht zu Freiberg in Sachsen verunglückten am 1. d. M. 13 Bergleute durch den Bruch der Fahrkunst; 11 davon waren sofort todt und hinterlassen 10 Wittwen mit 28 Kindern. Natürlich wurde sofort nach Bekanntwerden des Unglücks wieder den getödteten Arbeitern die Schuld aufgehäuft, indem dieselben gegen den Befehl der Direktion das Festgestänge (die Fahrkunst) statt erst in der dritten Segezugstrecke schon in der ersten benutzt hätten. Die Sache stellte sich aber alsbald anders heraus. Der Schacht gehört einer Gewerkenschaft, welche nach raffinierten Ausbeutergrundsätzen betrieben wird und durch elende Bezahlung und schäblichste Schumpmageregeln seit 40 Jahren 6 Millionen aus ihrer Arbeit herausgepreßt hat. Die Sonntagsarbeit ist in diesem Werk Regel und für eine 10stündige Arbeitszeit wird M. 1. 50 bezahlt. Die ganze Fahrkunst bestand sich seit Jahren in dem elendesten Zustand, was ja schon aus dem Umstand zur Genüge hervorgeht, daß sie nicht 13 Mann zu tragen vermochte, während sie doch für 200 gebaut ist. Ferner war auf dem ganzen Werk kein Seil und kein Gurt, um die zwei noch lebenden Arbeiter heraufzuschaffen! Um nun diese Schändlichkeiten alle zu verheimlichen, wurden sofort von Seite der Direktion alle möglichen Einschüchterungsmaßregeln ergriffen und den armen Bergleuten mit augenblicklicher Entlassung gedroht, wenn sie dem Untersuchungsrichter die Wahrheit sagen sollten. Indessen haben die wackeren Arbeiter sich nicht bange machen lassen, und so hat die eingeleitete Untersuchung bereits so kompromittirende Thatsachen ergeben, daß der Direktor verhaftet und selbst gegen eine hohe Bürgschaft nicht freigegeben wurde.

Das ist nun ganz gut und recht, obwohl die Regierung angesichts des erhöhten Eindruckes, den die Liebesnächlichen Reden über den ausbeuterischen und mörderischen Betrieb der sächs. Bergwerke durch diese wiederholten schrecklichen Bestätigungen erhalten, und angesichts der ungeheuren Aufregung des Publikums nicht wohl anders kann n. Warum wurden aber nicht auch die Berginspektoren bestraft, die erwiesenermaßen die Fahrkunst seit Jahren nicht befrachten haben, zur Verantwortung gezogen? Und was wird der mörderischen Gewerkenschaft geschehen? Wird man ihr ihren aus dem Fleisch und Blut der Verunglückten gezogenen Gewinn nehmen und den Hinterlassenen geben? Werden solche Massenunglücke durch scharfe Beaufsichtigung fürder unmöglich gemacht werden? Nein, man wird sich wieder mit kleinen Mitteln und Pfäffchen begnügen. Unsere ganze Gesellschaft ist ja auf Mord und Todschlag der Schwächeren zu Gunsten der Stärkeren gebaut und da kommt es auf einige Arbeiterleichen nicht an. Der Tag der Abrechnung ist noch nicht gekommen.

— Deutsch oder russisch? Im Märzheft der national-liberalen „Deutschen Revue“ erzählt ein Herr H. W. mit Wohlbehagen folgende Aeußerung Bismarcks über die Slavenvölker: „Während ich als Gesandter in Petersburg stand, hatte ich eines Tages auf meinen Schlitten zu warten. Da drängte sich in ungehöriger, belästigender Weise ein Mann in der Tracht des gemeinen Volkes, ein Ruschik, an mich heran. Ich bedeutete ihm, daß er fortgehen solle; der freche Kerl aber grinste mich höhnisch an und wurde noch importuner. Ich durfte um Alles in der Welt in dieser Gesellschaft nicht gesehen werden, meine Stellung gestattete das nicht; da nun aber der Mensch keine Vernunft annehmen wollte, und der Schlitten, welcher die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden auf meine Person ziehen mußte, jeden Augenblick heranzubrausen konnte, so sagte ich kurz den Burschen am Kragen, drehte ihn ein paar Mal herum und gab ihm einen Stoß, daß er in den Straßentoth schoß. Das hatte den gewünschten Erfolg; unvergeßlich aber sind mir die Worte, die mir der Flegel im Fortziehen zuwinkelte: Iswinito, Gossudar, jussam kriw! (bitte um Verzeihung, gnädiger Herr, ich bekenne mich schuldig.“ „Sehen Sie“, soll Bismarck hinzugefügt haben, „so sind die Slaven alle, die Einzelnen wie die Völker. Man muß ihrer Frechheit nur mit der gehörigen Kraft entgegentreten, und sie werden schuldlos bewußt für die erhaltene Züchtigung danken, wo der Deutsche im verletzten Rechtsgefühl über das Zuviel zum Himmel schreien würde.“

Wenn diese ganze Erzählung mit der sich daran knüpfenden Russenhege nicht bestellte Arbeit ist, und der deutsche Reichsfanzler wirklich im Jahre 1874 diese geniale Aeußerung gethan hat, so dürften ihn die jüngsten Vorgänge in Rußland gelehrt haben, daß die Slaven nicht „alle so sind“. Ueberaus komisch aber nimmt es sich aus, diese Erzählung in einem Blatt der Partei zu finden, auf die sie besser, als auf den unterwürdigsten Slaven paßt. Wahrhaftig dieser Ruschik war schließlich nur ein einzelner Mensch, in Deutschland aber wälzt sich eine ganze Partei, von Bismarck in den Roth gestoßen, vor ihm und winkelt: „Iswinito, Gossudar, jussam kriw!“ Feiges kriechendes Gesindel findet sich wohl bei allen Völkern, im „liberalen Bürgerthum“ Deutschlands aber mehr als irgendwo. —eb

— Für den richtigen Spieß- und Maßbürger kommt bekanntlich der Sozialist unmittelbar nach dem Mörder und zwischen diesem und dem Räuber mitteninne. Ja dem eigentlichen Eigenthümer fanatischer nach ist der Sozialist noch weit gemeinschädlicher und muß deshalb weit erbitterter bekämpft und verfolgt werden, als Mörder, Räuber, Diebe und Mardbrenner, da diese letzteren nur einzelne Menschen an Leben und Eigenthum schädigen, während erstere gleich die ganze Gesellschaft herabrennen und abmurksen wollen. In diesem Sinne hat ja auch das deutsche „freisinnige Bürgerthum“ vor zwei Jahren das Ausnahmengesetz gegen die gefährlichsten und verabscheuenswerthe Menschenorte auf deutschem Boden gemacht. Um so schmerzlicher muß es für diese Leute sein, daß sie heute selbst von ihnen über den Kopf wachsenden Gewalten zu diesen selben gemeingefährlichen Menschen geworfen mit ihnen auf eine Stufe, ja noch unter dieselben gestellt werden. Man erinnert sich, wie die Offizien den ehemaligen vielgetreuen Reichstagspräsidenten Fortkebed, als er an der Spitze einer Anzahl deutscher Städteverwaltungen der Schutzpolizei- und Indirekte-Steuer-Politik der Regierung unangenehme Opposition machten, schlankweg als „Kommunard des Städtetages“ bezeichnet wurde. Vor kurzem hat nun ein leitendes Organ der protestantischen Kirche in Preußen, die hochorthodoxe „Allgem.

Ev. A. K. Kirchenzeitung* die Ausdrucksweise der Offizien auf das kirchliche Gebiet übertragen, indem es anlässlich des Streitfalles des Predigers Werner das Recht jeder freimüthigen Richtung in der Kirche bekämpft und jene mit der Kommune auf eine Stufe stellt. „Unbedenklich — sagt sie — sind die kirchlichen Kommandos noch gefährlicher als die politischen, da diese nur den materiellen, jene aber den geistigen geistigen Besitzstand in Frage stellen.“

Damit aber aller guter Dinge drei sind, kommt auch noch die Handelskammer von Aachen und Burscheid und schreibt (in ihrem Jahresbericht) dem freihändlerischen Liberalismus folgendes in ihrem Stammbuch: „Die Phrase nennt das Zerstörungswort des absoluten Freihandels die Entseffnung des Verkehrs, aber man müsste es wohl anders bezeichnen. Es wäre ein großer Segen für das Land, wenn dieser wilde Konkurrenzkampf aufhören könnte; denn wenn der Sozialismus höchst gefährlich ist, so hat doch einstweilen der abstrakte Freihandel mehr materiellen Schaden angerichtet, und was sehr bedauerlich ist, auch talentvolle Persönlichkeiten ergriffen, deren bewährte Kräfte dem Staate von großem Nutzen sein können.“

Wir enthalten uns hier jeder Kritik der angelegenen Angriffe auf den politischen, kirchlichen und ökonomischen Liberalismus. Wir wollen nur zeigen, wie schnell man aus dem Hammer Ambos werden kann und wie thöricht es daher ist, wenn man den Kampf beider aus einem natürlichen, regelmäßigen und logalen in einen wüthenden Vernichtungskampf umgestalten hilft.

Hausfuchungen in größerem und kleinerem Maßstab nach dem „Sozialdemokrat“ und sonstigen verbotenen Schriften haben wieder stattgefunden in Chemnitz, Burgstädt, Dittensen, Hamburg, München, Schwabach, Harburg, Ulm, Reutlingen, Schwäbisch-Hall, Königsberg, Eisenach, Magdeburg, Wilhelmshaven, Copenaghen, Reg, Breslau. Soweit wir erfahren konnten, ist der Erfolg der polizeilichen Bemühungen allenthalben gleich Null gewesen. Trotzdem wurden aber an einzelnen Orten vorübergehende Verhaftungen vorgenommen. Nur in Wilhelmshaven soll ein Arbeiter der kaiserlichen Werft bei Verbreitung des „Sozialdemokrat“ ertrapt worden und auf Anzeige der Polizei sofort aus der Arbeit entlassen worden sein. Am unverschämtesten und ungefehltesten, und sogar die Berliner Polizei übertreffend, geht bei den Hausfuchungen das Polizeipräsidium Breslau vor. Nachdem die einigen 50 in letzter Zeit unter Aufsicht aller Kräfte unternommenen Durchsuchungen nichts als einige Broschüren und eine russische Revolutionszeitung ergeben hatten, erschienen am 10. d. M. in der Schlesischen Volksbuchhandlung Zimmer u. Co. Polizeibeamte und präventiven folgenden ungläublichen Ukaas des Polizeipräsidenten: „Da sich die Schlesische Volksbuchhandlung H. Zimmer u. Comp., resp. deren Inhaber H. Zimmer mit der Verbreitung verbotener resp. auf Grund des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 zu verbietender Druckchriften beschäftigt, sollen zur näheren Ueberwachung alltäglich und zu jeder Tageszeit Durchsuchungen der genannten Geschäftsräume stattfinden!“ Hierauf wurde zur Durchsuchung geschritten, welche jedoch nicht das geringste Resultat ergab.

Man stelle sich vor: „alltäglich und zu jeder Tageszeit“ sollen Hausfuchungen stattfinden! Ist das nicht mehr als russisch? Der Breslauer Polizeipräsident hat sich offenbar den „obersten Chef“ Loris-Melitoff zum Muster genommen. Natürlich ist die Maßregel im höchsten Grade ungefehllich. Denn erstens stellt das Sozialistengesetz gar kein Durchsuchungsrecht, sondern lediglich ein Beschlagnahmerecht fest. Auf Grund der gemeinen Gesetzgebung aber sind nur für jeden Einzelfall besonders angeordnete Hausfuchungen zulässig; eine generelle Hausfuchungsverfügung ist, da sie die elementarsten Bürgerrechte der persönlichen Freiheit aufheben würde, absolut unzulässig. Aber auch eine einzelne Hausfuchung kann nur von jenen Polizeibeamten befohlen und vorgenommen werden, welche als „Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft“ gelten, niemals aber vom Polizeipräsidenten. Was kümmert sich aber die Polizei, wenn es den Sozialisten gilt, um solche Lappalien wie Gesetze? Wer weiß übrigens, ob das neue Breslauer Verfahren nicht eines schönen Tages noch allgemeines Sozialistenrecht wird. Nun, wir wüßten uns auch darauf einzurichten und es würde das Maß dem Ueberlaufen bedeutend näher führen.

In Berlin wurde abermals ein Genosse ausgewiesen, der Weber Regnaß. Es ist das der Hundertzweiunddreißigste Ausgewiesene!

Unsere Leser werden sich an einen, in Nr. 12 vom Dezember v. J. abgedruckten Brief des Gen. Hasenklever an einen Genossen E. H. in London über die vielbesprochene „Eidfrage“ erinnern. Ende Januar oder Anfangs Februar übersandte uns nun Karl Hirsch — denn dieser war der Empfänger jenes Briefes — aus London eine berichtigende Erwiderung, welche indessen sehr wenig „berichtigte“, dagegen die längst entschiedene Eidgeschichte mit den drum und dran hängenden taktischen Fragen noch einmal breit trat und zum Ueberflüssigen auch noch eine Reihe von zum Theil ziemlich perfiden Ausfällen gegen mehrere bekannte Genossen enthielt. Wir theilten das Hirsch'sche Elaborat den angegriffenen Genossen, u. A. Liebnecht und Hasenklever mit, welche gegen die Veröffentlichung nichts einzubringen hatten, sie vielmehr befürworteten. Wenn also der Brief nichtbestimmter nicht veröffentlicht wurde, so trifft die Schuld nicht die Genannten, sondern allein uns, die wir den kostbaren Raum unseres Blattes nicht mit einem neuen unfruchtbaren Streit anfüllen wollten, der durch die dann natürlich unvermeidlich erfolgende Erwiderung der Angegriffenen große räumliche Dimensionen hätte annehmen müssen. Wir erklärten deshalb Hirsch, daß wir seine langen Ausführungen nicht aufnehmen könnten, dagegen einer thatsächlichen Berichtigung ihm angeblich ungerechtfertigter Vorwürfe selbstverständlich unsere Spalten öffneten. Hirsch antwortete hierauf, daß sein Brief entweder ohne Veränderung oder nur eines Wortes, oder gar nicht veröffentlicht werden dürfe. Damit war die Sache schnell entschieden und wir stellten dem gebietend auftretenden Verfasser seine Arbeit wieder zur Verfügung.

Hamburg, 11. März. Um bei unseren Genossen nicht den Glauben aufkommen zu lassen, als ob wir hier im Rosenbede läßen und uns weder um Polizei noch Obrigkeit zu kümmern hätten, wollen wir

im Nachstehenden doch Einiges über die Thaten unserer Polizei seit Erlass des Oktobergesetzes berichten. Da hier — um in der Sprache unserer Gegner zu reden — ein Hauptherd der Sozialdemokratie ist, so liegt sich voraussetzen, daß es unsere „republikanischen“ (sic!) Behörden nicht an dem nöthigen Eifer fehlen lassen werden. Die Voraussetzung traf auch zu. Sobald das Geleß in Kraft getreten war, ging es an ein Verbot, daß es eine wahre Freude war. Da blieb kein Verein, kein Klub und keine auch noch so unschuldige Verbindung von der Auflösung verschont, sobald die Polizei nur irgendwie den Namen eines Sozialisten unter den Mitgliedern entdeckte. Auch an Hausfuchungen fehlte es nicht, und da unsere hiesigen Genossen es nicht gewohnt waren, sich auf den Besuch der Polizei vorzubereiten, so fiel derselben mancherlei — Fahren etc. — in die Hände, was sie eigentlich nicht hätte zu sehen brauchen. Auch an Verboten von periodischen und nicht periodischen Zeitschriften hat es nicht gefehlt; so wurde hier das unschuldige Petroleum-Pied von Jakob Kurose jun. verboten. Doch dieses letztere Verbot scheint die Polizei selbst genirt zu haben, denn bis heute hat sie es unseres Wissens unterlassen, dem Verleger dieses Verbot zuzustellen. Es ist dies auch nur zu erklärlich, wenn man weiß, daß das Verbot nicht weiter als ein von Humor und unschuldigem Witz sprudelndes Kneipied ist.

Im Uebrigen muß man es der hiesigen Polizei lassen, daß sie sich gegenüber der Polizei in dem benachbarten preussischen Altona und anderen Orten verhältnismäßig ausländisch benimmt. Das elchaste Spionagesystem kennt man hier nicht und ebenso wenig erlauben sich die Beamten bei Hausfuchungen etc. Rohheiten, wie sie von anderwärts berichtet werden. Die Folge dieses bis zu einem gewissen Grade noblen Benehmens der Polizei ist nun aber eine ganz merkwürdige. Unsere Genossen wollen sich nämlich von der Polizei nicht übertrumpfen lassen und so mehren sie denn theilweise mit einer wahren Angsthaftigkeit jede Parteithätigkeit, um — der verehrlichen Polizei keine Verlegenheit zu bereiten! Man sollte es kaum für möglich halten, aber es ist thatsächlich so. Ein großer Theil unserer Genossen besteht nämlich Heß und fest darauf, daß „unsere Hamburger Polizei“ nicht „so schlecht sei“ und daß sie nur von Berlin aus getrieben werde. Um aber den Berlinern nicht die Freude zu machen, der hiesigen Polizei einen Vorwurf machen zu können, plaidiren diese Genossen für möglichste Ruheverhalten. Daß diese Thatsache eine besonders erfreuliche wäre, möchten wir nicht gerade behaupten; aber eine Aenderung läßt sich leider nicht so schnell als wünschenswerth herbeiführen.

Daß der bisherige Vertreter des II. Hamburger Wahlkreises, der Bäcker Bauer, sein Mandat niedergelegt und wir sonach eine Neuwahl zu bestehen haben, ist Ihnen Lesern bereits bekannt. Bauer, welcher seinerzeit als Kandidat der Ordnungspartei sich zum Freihandel bekannte, ließ sich durch einen Händedruck von Bismarck bestimmen, für die Schutzölle zu stimmen. Die Folge war, daß Bauer bei dem ganzen Ordnungsmischmahl, der ja hier ausschließlich freihändlerisch ist, in Nichtcredit kam und daß er schließlich bei den legt stattgehabten Bürgerchaftswahlen, wo ihn seine „Handwerkerbrüder“ als Kandidaten aufstellten, jämmerlich durchfiel. Wann die Wahl stattfindet, ist noch nicht bekannt; schwerlich wird sie vor Mitte Mai angelegt. Wer von unserer Seite als Kandidat aufgestellt wird, ist noch nicht entschieden, wahrscheinlich wird es der frühere Kandidat des Kreises, G. W. Hartmann, sein. Ueber die Wahlausichten läßt sich wenig sagen; möglich wäre es immerhin, daß wir siegen, allzu groß ist indeß die Hoffnung in unseren Kreisen nicht.

Ein Strafe, der so recht die Brutalität unserer Kapitalistenklasse zeigt, ist mit Anfang dieser Woche in der Druckerei des „Korrespondent“ und der „Börse“ ausgebrochen. In dieser Druckerei sind Arbeiter bereits seit 30 und 40 Jahren, einige sogar schon über 45 Jahre beschäftigt. Vor ein paar Wochen wurde nun ein neuer Leiter ange stellt, welcher sein horrendes Gehalt, 7500 Mark, dadurch herauszuschlagen sucht, daß er dem gesammten Soperpersonal einen Lohnabzug bis zu 15 Prozent zumuthete. Die Segler, 57 an der Zahl, haben darauf sämtliche die Arbeit niedergelegt und die beiden Blätter müssen nun durch Plücker fertig gestellt werden, welche der neugeworbene technische Leiter aus allen Windrichtungen zusammen geholt hat. Dieses brutale Verfahren der Besitzer der Druckerei wird dadurch besonders lächerlich, daß das Gehalt in diesem Jahre sein 150jähriges Jubiläum feiert. Daß der Strafe seitens der Geschäftsleiter hauptsächlich nur deshalb provoziert wurde, um die alten Arbeiter los zu werden, ist hier ein öffentliches Geheimniß und beweist eben wieder einmal recht treffend, was es mit der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ auf sich hat. Die Harmonie existirt eben nur so lange, als die Arbeiter sich geduldig ausbeuten lassen und vor Allem, so lange sie auch noch die Kraft haben, um ausgebeutet werden zu können.

In den letzten Tagen hatten wir hier und auf dem Landgebiet eine große Anzahl von Hausfuchungen. Die Polizei suchte, auf Requisition der Altonaer Staatsanwaltschaft, Exemplare des „Sozialdemokrat“ gefunden wurde nicht. Sonst wäre nur noch zu melden, daß sich hier eine kleine Klique von Stärkern befindet, welche es sich zur Lebensaufgabe gemacht zu haben scheinen, den Frieden und die Einheit unter den Genossen zu stören. Leider befinden sich darunter auch ein paar Genossen, von denen man, in Folge ihrer früheren Stellung in der Partei, Besseres erwarten sollte. Daß es übrigens keine prinzipielle Opposition ist, welche diese Herren machen, geht wohl am besten daraus hervor, daß sie sich zu gleicher Zeit an die „Rechtliche Freiheit“, an die „Friedliche Volkstz.“ und an die hiesige „Tribüne“ (ein Vorbehaltsblatt, das kein ausländischer Mensch in die Hand nimmt) wandten, um da ihre Stinmbomben los zu werden. Die „Tribüne“ hielt sich indeß für zu gut, um diesen Leuten die Spalten zu öffnen, Fintelprostituirte sich dagegen; was Herr Wolf gethan, wissen wir nicht, da uns die letzten Nummern der „Freiheit“ noch nicht zu Gesicht gekommen sind. Hoffentlich zwingen uns die Herren nicht, uns noch öfter und in ernsterer Weise mit ihnen zu beschäftigen.

München, 12. März. Ein Beweis, daß unsere Sache immer mehr an Anerkennung und Popularität gewinnt, ist, daß die Gesellschaft der Polizei ärger denn je mit uns zu thun hat, freilich ohne dadurch irgend welche Erfolge zu erzielen. So hielten es die Spürhunde in den ersten Märztagen für nöthig, Tag und Nacht zu suchen, bei welcher Thätigkeit sich allerdings der Bibelspruch nicht bewährte: „Suchet, so werdet ihr finden.“ Die Kerle kamen bei dieser undankbaren Arbeit sogar bis weit über den Burgfrieden unserer Stadt, bis Bogenhausen, in den englischen Garten hinunter. Da sie nun aller Mühe ungeachtet keine Sozialisten erwischen können, so scheinen sie nach dem Spruchwort: Wenn der Teufel keinen Braten hat, frißt er Fliegen — ihren Grimm nun an gänzlich unschuldigen Leuten auszulassen. Vor einigen Tagen wurde auf Grund einer Denunziation bei einem Lehrer in dem benachbarten Dorf Reichenau eine Hausfuchung gehalten, in welcher einige sozialistische Schriften gefunden worden sein sollen, welche der Mann aber (wenn es sich wirklich so verhält) nur zum Studium gehabt haben kann, da er uns vollkommen unbekannt ist und wahrscheinlich eher zu unseren Gegnern gehört. Trotzdem wurde er von der Kreisregierung sofort seines Dienstes enthoben. — Die jüngsten Reden unserer Abgeordneten Bebel und Bahlreich haben hier allgemein befriedigende Zustimmung hervorgerufen.

Dresden, 10. März. Gestern ist endlich der seit langem spielende und im Juli v. J. mit der Verhaftung mehrerer Genossen und Beschlagnahme großer Mengen von Schriften, Briefe etc. begonnene Sozialistenprozess beendet worden. Auf die anfänglich gehegte Hoffnung, eine Haupt- und Staatsaktion daraus arrangiren zu können, hat die Regierung freilich schon längst verzichtet und u. a. auch zwei Mitangeklagte schon vor vielen Wochen wegen völligen Mangels an Beweisen außer Anklage setzen müssen. Angeklagt waren die Genossen Kaufmann Schuster, Redakteur Regel und Expedient Schläter wegen angeblicher Verbreitung verbotener Schriften. Schuster sollte an seinen Freund Kaufmann Goldstein eine Nummer der „Freiheit“ gegeben haben, Schläter wurde des Verkaufes verschiedener auf Grund des Sozialistengesetzes verbotener Schriften beschuldigt, der in der Expedition der jetzt verbotenen „Dresdner Presse“ vor sich gegangen sein sollte, und betreffs Regel's wurde angegeben, er sei verdächtig, an diesem Verkauf Theil genommen zu haben, weil — er als Redakteur des genannten Blattes in dem neben der Expedition gelegenen Zimmer beschäftigt gewesen sei! Die Verhandlung, bei welcher „in Rücksicht auf die öffentliche Ordnung“ die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, endigte mit einem großen Mißfall für die Regierung, indem sämtliche drei, von Genosse Freytag I. verteidigten

Angeklagten freigesprochen wurden. In den Entscheidungsgründen ist von prinzipieller Wichtigkeit, namentlich für die Leser des „Sozialdemokrat“, der Punkt, daß es nicht als Verbreitung im Sinne des Gesetzes anzusehen sei, wenn man einem Freunde ein Exemplar einer verbotenen Zeitschrift zur Leihzeit gibt, sondern daß erst das Einbringen des verbreiteten Objekts in größere Kreise resp. in die Öffentlichkeit die Strafbarkeit bedingt. Diese Definition stimmt auch mit einem Kommentar des Generalstaatsanwaltes Schmarze überein. Die Regierung dürfte einen solchen Ausgang kaum erwartet haben und von ihm wenig erbaut sein.

Weimar, 5. März. Wenn seit dem Bestehen unseres neuen Parteiorgans bis jetzt kein Bericht über hiesige Parteiverhältnisse eingekandt wurde, so ist das kein Beweis, daß hier eine Stagnation in der Bewegung eingetreten wäre; im Gegentheil, die Genossen sind sich bewußt, daß es bei der reaktionären Hochfluth mehr als je geboten ist, aktiv zu sein, ohne die gebührende Taktik außer Auge zu lassen. Denn auch auf unserem klaffenden Boden gibt es wie überall im Reiche der „Gottesfurcht und frommen Sitte“, wo sich alles „so herrlich gehalten“, Briefdiebe, Postspigel und ähnliches Geschlecht. Einige Kammern des „Sozialdemokrat“ sind den Händlern in die Hände gefallen und wurden dieserhalb zwei Genossen polizeilich verurtheilt, wobei es vorläufig sein Bewenden hatte. Am 3. d. Mts. kam ein Paket von Leipzig an einen hiesigen Genossen zur Beförderung an einen hier ebenfalls wohnenden Geschäftsmann. Der schuftigen Reuzierde gewisser „Beamten“ war es zu verdanken, daß das sehr solid gepackte Paket an einer Ecke vollständig gerissen war. In derselben Weise waren im vorigen Sommer einem hiesigen Genossen mehrere Jahrgänge der „Neuen Welt“, welche gebunden, mit dem Namen des Besitzers versehen und in je einem Exemplare vorhanden waren, weggenommen worden; alles Reklamieren auf Herausgabe des Eigenthums blieb erfolglos. — Ärger als durch solche Machinationen kann das Eigenthum nie in Frage gestellt werden; würden es andere als Sozialdemokraten sein, welche so schamlos enteignet werden, der deutsche Spieghel würde noch um eine Glänzhaut bereichert, aber so ist es „ruhig und friedlich“, eingedenk seiner pietätvollen Tradition, die ihn dazu verpflichtet, die von „Gott“ eingesetzte „Ordnung“ zu respektiren.

Ueber den Nothstand in Thüringen haben Sie bereits referirt. Die Betroffenen, deren Zahl eine enorme ist, theilen ihr trauriges Loos in allen seinen Konsequenzen mit den armen Oberschleslern. Obereschlesler? Als wenn nur diese Distrikte Deutschlands von Hungersnoth betroffen wären. Sachsen, Berlin etc. liefern ebenfalls ihre Kontingente als mahnendes Zeugniß, wie nothwendig es ist, bald mit den ruheverwerthen Einrichtungen aufzuräumen. Hungersnoth, Arbeitslosigkeit, Steuererhöhung, mehr Militär (natürlich mehr für den innern als äußeren „Feind“), Anhebung jeder freien Regierung im Volke — wie lange wird das Volk der Denker und Dichter diesem Treiben ruhig zu sehen? Aber freilich ist das Maß der Sünden noch nicht voll; der Deutsche ist nirgends größer, als in Langmüthigkeit, und deshalb kann die herrschende Klasse Deutschlands mehr sündigen als in verschiedenen anderen Ländern, ohne daß die Masse des Volkes sein kräftiges Halt ertönen läßt. Glücklicherweise mehren sich die Sünden der „Räuber“ für „Ordnung und Recht“ in Deutschland von Tag zu Tag, weshalb ihre Existenz nur noch von kurzer Dauer sein dürfte und ihre Lage gefährlich ist. Die Reaktion muß immer weiter schreiten auf ihrer verhängnißvollen Bahn, bis sie auch dem uns noch fernstehenden Theil des Volkes untrüglich wird und dieser, seine passiv Rolle aufgebend, zu uns kommt und mit uns gemeinschaftlich dem Schmarozern der Menschheit ihr Treiben endigt. Wenn diese Taktik befolgt wird, kann unser Sieg nicht fern sein. Deshalb wurde auch der Rechenhabsbericht unserer Abgeordneten von den hiesigen Genossen freudig begrüßt; die darin enthaltenen Gründe für diese Taktik sind korrekt und werden auch nach und nach von jenen als richtig erkannt werden, welche noch theilweise schmollend im Winkel stehen.

Propos, wegen der Diebstehnde bei der deutschen Post: die Diebe sind hungrig; spielen Sie daher diesen Leuten etwas „Nahrungs“, z. B. triebliches Fleisch, verdorbenen Käse etc. in die Hände; denn von oben befiehlt die Diebe für ihren Diebstahl aufgegeben wenig. — Von hiesigen Genossen, beglücklichen von denen in Begeleit, Gelmoroda, Dberingen, Berka etc. beiderliche Grüße. Bergheimlich.

Aus Süddeutschland, 5. März. Nach den Zeitungsberichten soll Genosse Bebel in der Debatte über die Militärvorlage im Eingange seiner Rede eine Erklärung abgegeben haben, die etwa folgendermaßen lautete: „Wenn das deutsche Gebiet von einem auswärtigen Feinde angegriffen oder angegriffen wird, wird auch die deutsche Sozialdemokratie bei der Vertheidigung mitwirken.“ Diese Erklärung, wenn sie so ohne weitere Bedingung abgegeben worden wäre, könnte nur als subjektive Meinung unseres Parteigenossen betrachtet werden; in Parteikreisen ist man misgünstig über diesen Theil der Bebel'schen Rede. *) Es kann ja dahingestellt bleiben, ob es parlamentarisch erforderlich war, die Beteiligte oder Nichtbeteiligung der Partei in einem Vertheidigungskriege zur Sprache zu bringen; zu einer rüchhaltlosen Anerkennung über gewisse Punkte ist ja die Reichstagstribüne nicht gerade der zweckmäßigste Ort. Wenn aber das Thema derührt werden mußte, so hätte unser Vertreter es in einer anderen Tonart thun mögen. Er hatte etwa sagen können:

„Wenn Sie ein starkes Land, wenn Sie in demselben opferwilligen Bürger haben wollen, dann streben Sie vor Allen dahin, die Lage der nothleidenden Klassen zu einer menschenwürdigen zu machen, dann haben Sie jene Gesetze auf, welche die Nation in zwei Heerlager scheiden: in Unterdrückte und Unterdrückte. Nur freie, glückliche Bürger haben den wahren Muth, ihr Gut und Blut für die Vertheidigung ihres Landes einzusetzen, wenn die Noth ruft. Sklaven und Unterdrückte haben kein Vaterland, sie haben nur eine Geburtsstätte und es kann ihnen sehr gleichgültig sein, wer in derselben schaltet und die Peitsche schwingt. Sie haben für Willkuren von Deutschen einen Zustand der Achtung und Rechtslosigkeit geschaffen; Sie haben den deutschen Arbeiter faktisch durch Ihre Ausnahmegesetzgebung, durch Ihre Fixirung der Polizeiwilthür in eine Lage versetzt, die um wenig besser ist, als jene der christlichen Kajah unter der Herrschaft der Osmanen. Diese Schwächung der innern Volkskraft kann nicht durch Vermehrung der Bataillone aufgewogen werden. Geben Sie dem Volke Freiheit, gemähren Sie ihm die Mittel, an der Verbesserung seiner Lage zu arbeiten — dann wird ganz Deutschland ebenso opferfreudig zur Vertheidigung der Grenzen sich erheben, wie die freien Männer Frankreichs im Jahre 1793.“

Nur in solcher Weise hätte unser Abgeordneter an jener Stelle als das Echo der Partei gehört werden dürfen. Wie, wir, die Verfolgten und Gehegten, die Gedrückten und Rechtlosen, wir sollten freiwillig mitwirken an einem Kampfe, der nur die längere Dauer unserer Ketten zur Folge hätte? Wie wurden die Opfer des Volkes in den Jahren 1813—1815 belohnt? Mit den Karlsbader Beschlüssen, mit der Zentraluntersuchungskommission, mit Kerker für jedes freie Wort. Und 1870 dasselbe Spiel. Und wir sollten so bodenlos thöricht sein, um sehenden Auges abermals in die Falle zu rennen? Wir sollten freien Willens das deutsche Reichszuchtthaus und dessen Zuchtmeister mit unserem Blute vertheidigen helfen? Wenn wir unsere Rücken der Knete darbieten müssen, kann es uns ein Unterschied sein, ob dieselbe von deutschen oder nichtdeutschen Händen geschwungen wird? Wir sollten all die seit Jahren erduldeten Mißhandlungen mit einem Schlage wegwischen? Vergessen die Ausweisungen, die Verhaftungen ohne Recht und Urtheil, vergessen die Hungerpeitsche, vergessen die Konfiskationen, vergessen die Rundtötung, vergessen allen blutigen Hohn und Spott der Gewaltthäter? Nimmermehr! Wozu jene das Land und die Staatsverrichtung vertheidigen, die sich im Genusse aller Privilegien befinden; uns, die Unterdrückten und Rechtlosen, spracht Nichts dazu an. Es ist undenkbar, daß der aus Dresden ausgewiesene „Bagadonb“ Kaiser und der in Elberfeld rechtlos eingekerkerte Hasselmann ihre Leiber zum Vollwerk hergeben sollen, um den wackeren Polizisten und Richtern Schutz vor dem Feinde zu bieten. Bismarck's Reichshund Nero mag ihm die Hand lecken, von welcher er die Prügel empfängt; die deutsche Sozialdemokratie bewahrt sich ihr Gedächtniß und wartet schweigend und aufmerksam ihre Zeit ab!

*) Wir halten es für vorzuziehlich, über etwas „misgünstig“ zu sein, worüber man gar nichts Genaueres weiß und was lediglich nach Berichten der gegnerischen Presse gesehen sein soll. Wir sind keine Autoritätsknechte, aber wir meinen denn doch, daß die Gesinnungstreue eines Bebel bis zur Verurtheilung der Sache der Sozialdemokraten mehr Kredit haben sollte, als die Behauptung eines beliebigen Bourgeoisblades. Da wir indessen nicht den Genosse spielen wollen und uns die Intention des Verfassers eine sympathische ist, geben wir der Einleitung nicht desto weniger Raum; enthalten uns auch — um so mehr, als uns der demographische Bericht der Rede nicht zur Hand ist — jeder Bemerkung, da unser Genosse Bebel zweifelsohne selbst die Antwort nicht schuldig bleiben wird. D. Red.

1. **Aus Franken,** Anfangs März. Der Winter geht zu Ende, der ärgste Feind des armen Volkes für dieses Jahr wenigstens der ärgste Feind) zieht ab und damit geht auch der Wohlthätigkeit und namentlich der Volksfurchen schwindet, wie er namentlich in der „moralischen Hauptstadt Bayerns“, der alten Koris, aufgetaucht, seinem Ende entgegen. Es war interessant zu beobachten, wie heuer allenthalben die Ausbeuterklasse ihre „milde Hand“ aufhob, um den „notleidenden Witwenmenschen“ „gute billige Suppen“ und noch andere schöne Dinge zu verschaffen. Die Bande muß heillosen Angst vor dem Ausbruch einer Hungersnot oder auch davor gehabt haben, daß das Volk in der Verwirrung sich selbst nehmen könnte, was ihm von den „oberen Beherrschenden“ und deren Handlangern vorenthalten wird. Namentlich war es in Nürnberg, wo seit einem Jahr die Nationalliberal-Konfession unter der Führung des bekannten Prekigels gewaltige Anstrengungen machte, den „Fortschritt“ unterzujucken, drohlich, das gegenseitige Kennen der Parteien mit anzusehen, wie sie sich den Rang abzulaufen suchten in dem Bestreben, als die allein wahren Wohlthäter der Notleidenden zu erscheinen. Die Nationalliberalen machten den Vorschlag einer Volksliste; flags waren die Fortschrittler mit Gründung eines „Komitees für Privatwohlthätigkeit bei der Hand, um Kohlen, Geld und Kleidungsstücke zu verteilen. Die ganze Epigebens-Gesellschaft, welche Jahr aus Jahr ein das Volk auszieht und ihm nicht einmal das Heind läßt, erschien auf dem Plan, mit beiden Händen — damit auch die Rechte wisse, was die Linke thut — „Wohlthaten“ spendend. Der Zweck des ganzen Schwindels ist natürlich nur der, die Stimmen des Proletariats für künftige Wahlen zu bauerfängern. Man will damit den Vorwurf, daß neben der Unterdrückung der sozialistischen Agitation nichts „Positives“ für den Arbeiterstand geschehen sei, entkräften; man will auf die „dem Volk erzeugten Wohlthaten“ verweisen können. Nun, die Stimmen, die da zu angetan waren, haben die Liberalen allezeit schon gehabt. Von den wirklich verschämten Armen, von dem ehrlichen, politisch-reifen Arbeiterstand, haben Wenige Gebrauch gemacht von den Bettelesuppen; es war zum weitaus größten Theil das Lumpenproletariat, welches sich bei dem Wohlthätigkeits-Komitee angetrieben, und dieser Theil des Proletariats hat von jeher mit den Gewaltthätern gestimmt, da er immer um einen Schnaps oder eine Maß Bier zu haben war, wie dies namentlich die Reichstagswahl im Juli 1878 bewiesen hat. Wie Ihr M-Korrespondent schon berichtete, haben sich das fortschrittliche und das nationalliberale Komitee, nachdem der agitatorische Zweck für die einzelne Partei als solche verfehlt war, bald vereinigt und den Schwindel gemeinsam fortgesetzt. Unter den Wohlthätigkeits-Agenten befanden sich sogenannte „Fabrikanten“, welche vor allen Dingen nötig hätten, ihren Arbeitern Karten zur Erlangung von Volksküchenuppen zu verschaffen, denn mit dem „Brot“, den sie ihnen ansbezählten, ist es unmöglich menschenwürdig zu existieren. Wir wollen sehen, was nun für weitere Komödien aufgeführt werden!

Belgien.

* Die der Partei treugebliebenen deutschen Sozialdemokraten in Brüssel senden uns eine Erwidrerung auf einen freiverläumdenden Artikel in Nr. 7 der „Freiheit“. In demselben war behauptet gewesen, daß man von London aus keinen Versuch zur Vereinfachung des alten Brüsseler deutschen Sozialistenvereins im Sinne der Trennung von der deutschen Partei gemacht habe. Hiegegen wird erwidert, daß nicht nur seinerzeit ein Vertreter Most's nach Brüssel kam, um Anträge auf Anschluß an London, Zustimmungserklärungen u. zu stellen, sondern, daß auch im Oktober eigens zwei Agitatoren verschrieben wurden, denen zur Hauptbedingung gemacht wurde, auf dem Standpunkt der „Freiheit“ zu stehen. Ob dies etwa keine Vereinfachung ist? Ferner war behauptet, daß der alte Brüsseler Verein sich mit „großer Mehrheit“ für London erklärt habe. Diese „große Mehrheit“ betrug aber nach Mittheilung unserer dortigen Genossen nicht mehr und nicht weniger als eine Stimme. — Wir glauben, daß mit dieser Feststellung den Absichten unserer wackeren Brüsseler Genossen Genüge geleistet ist und ersuchen sie, von einer weiteren Ausführung im Interesse der Sache abzusehen. Denn ein ferneres Eingehen hiebei der im Ganzen herzlich unbedeutenden Stänckerlique zu viel Bedeutung beilegen und durch Wegnahme des Raumes hierfür die wahren Parteinteressen benachteiligen.

Frankreich.

* Wir haben bereits (in Nr. 9) mitgeteilt, daß der „Sozialdemokrat“ nunmehr auch in Frankreich verboten ist. Die näheren Umstände dieses Verbotes sind aber so interessant und für das Wesen der Beherrscher der französischen „Republik“ bezeichnend genug, um sie unsern Lesern mitzutheilen. Der „Sozialdemokrat“ hat seit seiner Entstehung in Paris und auch noch in mehreren anderen Orten Frankreichs, aber fast ausschließlich unter Deutschen, eine größere Anzahl Abonnenten, für welche in Paris drei Filialen bestehen. Die letzteren empfangen auch unsere Sendungen stets regelmäßig bis Ende Januar, wo plötzlich unsere Pakete von Nr. 4 und 5 (24. und 31. Januar) an alle drei Filialen nicht ankamen. Natürlich reklamirten wir, sobald wir das in Erfahrung gebracht, umgehend bei der eidgenössischen Postverwaltung. Wenige Tage darauf erhielten wir unsern Laufzettel zurück; auf der für die Bemerkungen des Empfängers bestimmten Seite befand sich der kurze Vorwort: „Der Umlauf der bezeichneten Zeitung in Frankreich ist auf höheren Befehl verboten. Paris, 21. Februar 1880. Das Reklamationsbureau.“ Die Sache klang uns in der That und trotz alles dessen, was wir von den reaktionären Einrichtungen und dem nicht weniger reaktionären Geist der gegenwärtigen Gewaltthäter, sowie deren Schwäche gegen die „Herzenswünsche“ der monarchischen Regierungen wußten, ungläublich.

Zuerst das Verbot an sich. In Frankreich gibt es heute selbst eine Anzahl sozialistischer Blätter, die an erfreulicher Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig lassen; wozu da ein von außen kommendes Blatt derselben Richtung verboten, das sowohl seiner sachlichen Einrichtung, als insbesondere seiner Sprache nach gar nicht für einen französischen Leserkreis geeignet ist, sondern in der Hauptsache nur von dort wohnenden Arbeitern deutscher Zunge gelesen wird? Auch in der französischen Post und Polizei ist die Kenntniß des Deutschen nur wenig verbreitet, und es drängt sich daher die Annahme auf, daß die moralische Urbeherbergschaft des Verbotes der in der Sache allein interessirten deutschen Regierung zufällt. Sich von dieser zu reaktionären Handlungen drängen zu lassen, ist aber für die französische Republik eine Schmach. Freilich ist es nicht ihre erste schmachliche Dienstwilligkeit gegenüber despotischen Staaten und wird leider auch kaum die letzte sein; lassen wir sie also passiren. Aber auch in diesem Falle fällt der Vergleich zwischen der Handlungsweise der reaktionärsten monarchischen Staaten und der französischen „Republik“ sehr zum Nachtheil der letzteren aus. In Oesterreich werden vom Ausland kommende verbotene Zeitungen wieder an den Ausgeber zurückgeschickt. Ja, sogar die russischen Behörden begnügen sich damit, verbotenen Schriften den Uebergang über die Grenze zu verweigern und folgern dem Absender, wenn er sich meldet, in der Regel sein Eigenthum wieder aus. In Deutschland ist man zwar seit dem Ausnahmengesetz nicht mehr so „liberal“; aber es ist doch gesetzlich die Erlassung eines formellen öffentlichen Verbotes

notwendig, so daß der Versender wissen kann, daß sein Blatt verboten ist. In Frankreich aber war uns gegenüber von alledem nichts der Fall. Man ließ uns unsere Blätter ohne irgend eine öffentliche oder besondere Mittheilung eines Verbotes arglos absenden, um sie uns dann kurzer Hand zu stehlen. Kann man reaktionärer und gemeiner zugleich handeln?

Um die Sache zum Austrag zu bringen und der französischen Regierung Gelegenheit zu geben, sich entweder zu reinigen oder ihre Schande öffentlich eingestehen zu müssen, richteten wir unterm 26. Februar ein Schreiben an Herrn Cochery, den Minister der Posten und Telegraphen, das wir zugleich der französischen Presse abschriftlich mit dem Ersuchen um Veröffentlichung mittheilten. Herr Cochery antwortete uns hierauf unterm 5. d. M. ausweichend, daß die Sache die Post nichts angeht (trotzdem hatte dieselbe die Sendungen eröffnet und weggenommen!), sondern daß nach den gesetzlichen Bestimmungen der Minister des Innern allein zuständig sei, dem er unsern Brief auch übermittelt habe. Der Minister des Innern hat uns bis heute noch keine Antwort gegeben; dagegen ist uns am 10. d. M. ein Paket, sämmtliche unterschlagene Blätter enthaltend, zugegangen, mit der Aufschrift: (Inhalt) „Der „Sozialdemokrat“, nicht autorisirt zum Umlauf in Frankreich, gemäß den Verfügungen des Ministers des Innern vom 24. und 31. Januar. Zurück an den Verleger.“ Der Dieb hat also Gewissensbisse bekommen und das gestohlene Gut zum Theil zurückerstattet, wobei freilich die Thatsache, daß er nicht aus guter Befinnung, sondern lediglich aus Scheu vor der Oeffentlichkeit so handelte, seiner Handlung wenig Verdienst läßt.

In allem Uebrigen aber bleibt die Thatsache feststehend: daß die Regierung der französischen „Republik“ einem sozialistisch-republikanischen Blatt gegenüber reaktionärer als irgend ein monarchisches Kabinet handelte und daß ihre Handlungsweise sich im Wesen durch nichts von der eines friedliche Reisende in den Hinterhalt lockenden Straßenräubers unterscheidet. Eine hübsche „Republik“, welche eine solche Bande an der Spitze duldet und sich unausgesetzt im Interesse des Despotismus von ihr schänden läßt!

— **Paris,** 8. März. In Anbetracht, daß ein Theil der hiesigen Parteigenossen sich in der „Freiheit“ für die „Neu-Organisation“, welche der Londoner kommunistische Arbeiter-Bildungsverein vorzunehmen beliebt, ausgesprochen und zwar unter der Bezeichnung: „Die Pariser Parteigenossen“, wodurch der Schein entsteht, als ob alle hiesigen Genossen damit einverstanden wären, erklären die am 6. März versammelten Sozialisten deutscher Zunge: treu und fest zur alten Partei zu stehen, verwerfen die vom kommunistischen Verein vorgenommene Abänderung des Gothaer Programms als Uebergriff, da solches nur durch einen Partei-Kongress zulässig ist; erklären sich ferner mit Haltung und Taktik des Züricher „Sozialdemokrat“ vollständig einverstanden und sprechen schließlich ihr Bedauern darüber aus, daß die „Freiheit“ statt eine mächtige Waffe und Stütze der Partei zu sein, dieselbe durch ihre gehässige Haltung und kopflose Leitung bedeutend schädigt. A. Blum.

Großbritannien.

* Wir haben schon in vorvoriger Nummer skandalöser Vorgänge unter den deutschen Sozialisten Londons gedacht, welche durch den immer tiefer sinkenden Verfall derselben und seine Spitze provozirt worden sind. In der ersten Empörung über die Schandung des sozialistischen Namens wollten wir über die betreffenden Vorgänge eingehender berichten. Seitdem wir aber durch fünf verschiedene Berichterstatte über all die Einzelheiten jenes terroristischen Treibens unterrichtet worden sind, welche selbst Gegnern zur Schande gereichen würden, „Sozialisten“ aber dieses Ehrennamens einfach unwürdig und verlustig machen, — seitdem haben wir auf ein genaueres Eingehen auf diese Dinge verzichtet. Es genüge unsern Genossen zu wissen, daß die die deutsche Partei bekämpfende angeblich „sozialistische“ Sekte nunmehr bereits bei offenen Gewaltstreichen angekommen ist, die Versammlungen der Sozialdemokraten eigenmächtig aufhebt, die Genossen mit Gewalt von der Abstimmung ausschließt, sie als „erbärmliche Hunde“ titulirt u. dgl. mehr. Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß die dortigen Genossen jede Gemeinschaft mit jenen Leuten abbrechen und eine eigene Organisation schaffen wollen, über die wir hoffentlich s. Z. Gutes berichten werden können. Mögen unsere Freunde in London nur fest stehen und im Eifer nicht erlahmen — die deutsche Sozialdemokratie wird hinter ihnen stehen!

Noch eine kurze Bemerkung über die „Freiheit“. In einer ihrer letzten Nummern hat dieselbe die Niedrigkeit, ganz nach Art der Bourgeois-Presse von „Geschäftssozialismus“ zu reden, mit welchem Namen sie die ehemalige Gründung von Parteiorganen und Druckereien bezeichnet, und den ehemaligen Redakteuren, Expedienten und sonstigen Parteibeamten vorzuwerfen, daß sie nur aus Eigennutz und Gewinnlust gehandelt hätten. Jedes Wort gegen eine solche Gemeinheit wäre vergeblich. Aber wir wollen dreierlei feststellen: 1) War Most von jeher der eifrigste Verfechter aller solcher „geschäftssozialistischen“ Gründungen von Zeitungen neben dem Parteiorgan; 2) nahm er seit mehr als einem Jahrzehnt ununterbrochen selbst solche „geschäftssozialistische“ Stellungen bei den Mainzer, Chemnitzer und Berliner Parteiblättern ein; 3) erbot er sich noch unter dem Sozialistengesetz, sofort nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, zur Annahme der Redaktion eines „farblosen Käsepapiers“ (bei Genosse Brack) und verließ Deutschland erst, als er in Elberfeld verurtheilt wurde. Wir machen Herrn Most aus seiner früheren journalistischen Thätigkeit keinen Vorwurf, weil wir nicht der Ansicht sind, daß jemand, der mit dem Kleinstopf begonnen (besonders wenn er dazu wenig Geschick hat) auch mit ihm endigen müsse; aber wenn man die sich aufopfernden Parteischriftsteller „Parteiinvaliden“, „sozialistische Pfaffen“ u. nennen will, dann hat es nie einen ärgeren „Parteiinvaliden“ und keinen gegeben, der mehr auf die Rücksicht der Partei angewiesen war, als eben Herr Most.

Damit schließen wir das Buch über einen Gewesenen und werden es nur noch in besonders dringenden Fällen öffnen.

Spanien.

* Nach langer Zeit tiefen Schweigens empfangen wir endlich wieder ein Lebenszeichen des Sozialismus im Pyrenäenlande. Einem Bericht der „Egalité“ zufolge haben sich dort zwei sozialistische Gruppen, die eine in Madrid, die andere in Barcelona, gebildet, welche die Grundlage zur Reorganisation der sozialistischen

Partei in Spanien bilden könnten. Die sozialistische Gruppe von Madrid hat sich im August vergangenen Jahres gebildet und ein Programm aufgestellt, welches die hauptsächlichsten sozialen Rückforderungen des Kollektivismus enthält: Zurückgabe aller Arbeitsinstrumente an die Gesellschaft; Ueberführung des Privateigentums in das Gemeineigentum auf dem kürzesten Weg und durch alle Mittel; Abschaffung des Lohnwesens; Klassenkampf.

Türkei.

* Wenige Jahre sind es erst, seitdem der moderne Sozialismus ernstlich und energisch den Kampf gegen die alte Welt der Benachteiligung begonnen hat, und schon gibt es nur mehr wenige von der Zivilisation auch nur einigermaßen belebte Länder, in denen sich nicht wenigstens ein Tröpfchen sozialistischer „Gutes“ bemerkbar macht. So sind zur gleichen Zeit, wo in Westeuropa der offene Kampf zwischen der alten und neuen Weltordnung wüthet und mehr oder minder unerbittlich geführt wird, still und unbemerkt einige Sozialisten auch in die Hauptstadt des Kaiserthums am goldenen Horn eingezogen. Vor zwei Jahren bildete sich zum größten Theil aus dort lebenden Italienern, ein kleiner sozialistischer Zirkel und heute bestehen solcher Vereinigungen bereits drei in verschiedenen Theilen Stambuls, darunter eine in dem Frankenquartier Pera. Diese drei Zirkel, welche hauptsächlich aus Europäern bestehen, jedoch auch unter den Orientalen einige Freunde zählen, haben sich jüngst zu einer „Konstantinopoler politischer Föderation der internationalen Arbeiterassoziation“ verbunden, wodurch der Zusammenhalt der Gesinnungsgenossen selbstredend nur gewinnen kann. — Wir sind freilich weit entfernt, dieser Mittheilung einen übertriebenen Werth beizulegen; aber sie wird für die Genossen doch, als ein Zeichen der immer weiteren Ausbreitung unserer Ideen, von Interesse sein.

Sprechsaal.

Zur Sammlung von Partei-, Unterstützung- und Wahlfonds-Beiträgen.

Die Summen, welche von Zeit zu Zeit für Parteizwecke, insbesondere für die Opfer des Ausnahmengesetzes einkommen, und im „Sozialdemokrat“ aufgeführt werden, sind ganz erfreulich, reichen aber nach Ansicht des Einsenders doch lange nicht aus, um auch nur das im Interesse der Partei Kostwendigste zu bestreiten. Namentlich scheint mir dies auch in puncto Wahlfonds der Fall zu sein. Wenn jetzt da oder dort eine Nachwahl stattfindet, wie z. B. in Glauchau-Meerane und demnächst in Berlin und Hamburg, und es gehen die dazu nöthigen Gelder in genügender Menge ein, so ist dies noch durchaus kein Beweis, daß die Gesamtpartei ihre Schuldigkeit voll und ganz thut. Wenn jetzt 40, 50 Städte und eine Anzahl kleinerer Orte zusammensteuern, so können dadurch die Kosten für die Wahl in einem Kreise ohne besondere Mühe aufgebracht werden. Wie wird es aber werden, wenn 1881 (oder unter Umständen, je nachdem die Entscheidung über Verlängerung der Budgetperiode ausfallen wird, 1882) die allgemeinen Wahlen an uns herantraten? Wenn jeder einzelne Wahlkreis für sich selbst oder resp. die gesamten Wahlkreise für die Gesamtpartei aufkommen sollen? Man sagt zwar, daß Angesichts des Kampfes auch Muth und Kampfbegierde wachsen, daß dann die alte Opferwilligkeit glänzend dokumentirt werde. Das hat wohl etwas für sich. Allein das sollte uns doch nicht abhalten, jetzt schon die Wahlfonds-Organisation an jedem Orte energisch an Hand zu nehmen. Freilich klagen die besser Besetzten (und damit meine ich nicht etwa gerade die besser Situirten, obwohl nicht geleugnet werden soll, daß diese Letzteren seit Erlaß des Ausnahmengesetzes stark in Anspruch genommen wurden) Parteigenossen, daß z. B. Wien an wenigen Einzelnen hängt, daß die große Masse der Gesinnungsgenossen finanziell fast gar nichts thut, während die regelmäßig miteinander verkehrenden, den engeren Parteiverkehr vermittelnden Genossen über Gebühr in Anspruch genommen werden. Mit Recht wird diese Klage geführt, aber die Klagen sind, abgesehen von der großen Arbeits- und Verdienstlosigkeit, selbst zum Theil mit daran schuld, weil sie keine ernster Organisation schaffen. Jetzt, wo man genau weiß, wie weit sich an jedem Orte die Polizeifänge ausrecken, wo man die Spigel und nicht minder die „faulen Brüder“ in den eigenen Reihen kennt, sollte das Sammeln in den Werkstätten und Stammskreisen eifriger betrieben werden. Es fehlt nur meist an Einem, der die Sache anregt. Ist die Anregung gegeben, dann macht sich in den meisten Fällen der weitere Verlauf selbst. Also vor allen Dingen das Bezirks-Vertrauensmänner-Büro besser kultiviren! Vorsicht, große Vorsicht ist natürlich nötig, da mit nicht der Ertrag der Sammlungen für Strafen und Gerichtsverfahren wieder zum Verlust geht. Auf alle Fälle möchte ich durch diese Zeilen die Anregung zu lebhafterer Thätigkeit, überall da, wo es nötig ist, gegeben haben.

Briefkasten

der Redaktion. II. Sekt. London. Für diese Nr. zu spät; nächster. Grub.
der Expedition. Anselmus: Hf. per 11. ds. anfert. erst am 15. abgegangen. Weiteres durch Ag. — G-y-im Nr. 250, nicht Nr. 3, — in Hm. erhalten u. 1-11 abgef. Hf. v. 16. ds. hier. — X Km. Nr. 11 Erf. 4, 5 u. 6, je 10 abgef. an neue Adr. Nr. 2, — verworfen. Dank. — J. B. Uth. Nr. 250 erh. Hf. im Gange. — M. W. Nr. 3. hier, haben Rest genau nach Wunsch disponirt. Mehr unmöglich. — Paul-Gen: Hf. v. 11. ds. u. Hf. 64, — durch G. hier. Nr. 8. mit 11 abgef. auch der „Beuchte“ kam leuch in unsere Hand; möglich, daß wir irgend weiter dirigiren. — R. R. — dn: Nr. 23, 75 hier, auch Hf. v. 16. ds. erh. u. am 15. erwidert. Sehen etwas zu schwarz in diesem Fall. — B: Natürlich bezieht die Reichsbartel theils durch hiesige Hdbldr., theils Geld ist auch kein Blech und wir erhalten uns so — reinlicher. — F. Nr. 10, 50 für B. hier. Beilage abgeliefert. Alles besorgt. — Wollenkultheim: Nachschub erhalten. — W-r. u.: Da wir's nicht liefern, haben wir uns an den vermittelnden Absender geschickt. Recht nette Praktiker, Hf. „Schuppau's“. Berichten Sie bald. — J. Brill: Hf. erh. Beilage Nr. 20, — richtig. Keine Annone vorgefunden. Hf. noch in Arbeit. Brutus momentan ausgegangen. — Barba: Hf. v. 16. x. hier. 10 schon am 8. an Peter gegangen. Frage bei ihm an, wenn noch immer keine Nachrichten erwartet. Letzte demnächst erlösch. Todten von Hf. gelöst. — L. R. v. Nr. 7, 20 Schrift u. Ab. erh. Sdg. folgt. Also doch den Rest gefunden? —

Durch uns, sowie durch die Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist zu beziehen:

Jahrbuch

für
Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

Herausgegeben von

Dr. Ludwig Richter.

I. Jahrgang. I. Hälfte. gr. Octav 20 Bogen stark, broch. Preis für Arbeitervereine nur Fr. 3. 50 (im Buchhandel Fr. 4. 50).

Expedition des Sozialdemokrat.

Schweiz. Verlagsbuchhandlung Hottingen-Zürich.